

Paul Roth

Die katholische Kirche und die „Neue Weltinformationsordnung“

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es drei Versuche gegeben, den weltweiten Informationsfluß zu verändern, die Kommunikation zwischen Staaten, Völkern und Menschen zu verbessern. Der erste Versuch wurde von den Vereinten Nationen nach Kriegsende unternommen. Sie schlugen unter anderem vor, daß überall auf der Welt Informationen frei und unbehindert gesammelt und verbreitet werden sollten. Im Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN (1948) wurde dies als Menschenrecht formuliert. Dieser erste Versuch scheiterte vor allem am Widerstand sozialistischer Staaten, die den Verlust ihres Informationsmonopols befürchteten. Gleichzeitig fürchteten sie die Vorherrschaft der westlichen Weltnachrichtenagenturen, denn die sowjetische Staatsagentur TASS konnte sich erst in den fünfziger Jahren zur Weltnachrichtenagentur entwickeln.

Unvereinbare Positionen

Die Entkolonialisierung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs brachte zahlreiche neue Staaten hervor. Fast alle rechnet man zu den Entwicklungsländern. Die Kolonialmächte hatten ihnen künstliche Grenzen hinterlassen, die verschiedene Stämme, verschiedene Kulturen umschlossen. Die neuen Machthaber standen vor der schwierigen Aufgabe, daraus Nationen mit einem eigenständigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System zu formen. Angesichts der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Industriestaaten des „Nordens“ forderten die Länder des „Südens“ eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ und im Zusammenhang damit eine „Neue Weltinformationsordnung“. Die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ wurde auf einem Symposium blockfreier Staaten im Jahr 1976 geprägt.

Bereits in den sechziger Jahren wurde das Problem aufgegriffen; seit der Mitte der siebziger Jahre wurde es in den UN, der UNESCO und auf zahlreichen internationalen Konferenzen und Symposien erregt diskutiert. Im Lauf der Auseinandersetzungen formte sich ein Paket von Forderungen und Vorwürfen des „Südens“ gegenüber dem „Norden“, wobei unter dem „Norden“ weitgehend die ehemaligen Kolonialmächte gemeint waren.

Auf einige Sätze zusammengedrängt, lauten diese Forderungen folgendermaßen: Der Norden muß den Entwicklungsländern helfen, eigene Mediensysteme zu schaffen. Die Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, sich am internationalen Informationsfluß angemessen zu beteiligen; die Vorherrschaft der Weltnachrichtenagenturen muß ebenso beseitigt werden wie die Desinformation über die Entwicklungsländer. Schließlich müssen die Entwicklungsländer sich gegen ein ungehemmtes Einströmen fremder Medien, fremder Kultur schützen können.

Da zahlreiche Entwicklungsländer autoritäre Herrschaftsordnungen haben, neigen sie zur Informationslenkung im Inland, zur Zensur aller Informationen und Medien, die ins Ausland gehen oder aus dem Ausland kommen. Schließlich sollen Informationen inhaltlich festgelegt werden, das heißt dem Frieden, der Entkolonialisierung usw. dienen. Unbestreitbar sind eine Reihe dieser Forderungen berechtigt. Unlogisch ist allerdings, daß im Innern zahlreicher Entwicklungsländer kein Pluralismus gewährt, dieser jedoch weltweit gefordert wird.

Die sozialistischen Staaten, besonders die Sowjetunion, treten als angebliche treue Freunde der Entwicklungsländer auf. Sie verfolgen dabei ein Hauptziel: Die staatliche Souveränität soll Vorrang vor jedem freien grenzüberschreitenden Informationsfluß haben. Dieses Hauptziel wurde eindeutig klar, als von westlicher Seite bei den KSZE-Verhandlungen eine Verbesserung der Information zwischen West und Ost gefordert wurde. Die sozialistischen Staaten unterzeichneten zwar 1975 in Helsinki die KSZE-Schlußakte und stimmten damit auch dem sogenannten Korb III (Verbesserung der Information und der menschlichen Beziehungen) zu; doch erklärten sie gleichzeitig, daß die staatliche Souveränität immer den Vorrang vor der grenzüberschreitenden Information habe. In freier Abwandlung der Formel des Augsburger Religionsfriedens (1955) kann man für die sowjetische Position formulieren: *Cuius regio – eius informatio*.

Die westlichen Demokratien haben in diesem Streit zwar ihre Bereitschaft erklärt, den Entwicklungsländern zu helfen, jedoch immer an dem Grundsatz festgehalten, daß überall auf der Welt frei Informationen gesammelt und verbreitet werden sollten. Wie die Auseinandersetzungen in den UN, der UNESCO und auf den KSZE-Folgekonferenzen gezeigt haben, lassen sich diese drei Grundpositionen nicht miteinander vereinigen. Kompromisse sind formuliert worden, aber in der Frage Souveränität und Informationsfreiheit ist kein Kompromiß zu erwarten. Würden zum Beispiel westliche Demokratien den Grundsatz „*Cuius regio – eius informatio*“ akzeptieren, dann könnte es auch in den westlichen Demokratien keine Meinungs- und Informationsfreiheit mehr geben.

Der Kampf um eine „Neue Weltinformationsordnung“ (NWIO) hat seine besondere Schärfe erhalten, seitdem der Nord-Süd-Konflikt mit dem Ost-West-Konflikt – vor allem durch die sozialistischen Staaten – vermengt worden ist. Vielfach wirft man sich gegenseitig vor, die „Neue Weltinformationsordnung“ bzw. die Forderung nach einem „freien Informationsfluß“ seien heuchlerische

Fassadenformeln, hinter denen sich rein machtpolitische Interessen verbergen würden. Die USA haben ihre Mitgliedschaft in der UNESCO unter anderem aus dem Grund für das Jahresende 1984 aufgekündigt, weil sie der UNESCO vorwerfen, eine „Neue Weltinformationsordnung“ zu fördern, die deren eigenen Prinzipien widerspreche.

Das Interesse der katholischen Kirche

An den Diskussionen um eine NWIO und an Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer haben sich die evangelische und die katholische Kirche, bzw. Organisationen der Kirchen, beteiligt. Die katholische Kirche konnte hierbei auf ihre Erfahrungen, ihren Beitrag zur Kommunikation zwischen den Völkern – vor allem durch ihre Missionstätigkeit – verweisen. Sie verfügt heute in fast allen Teilen der Welt über Massenmedien. Radio Vatikan strahlt Sendungen in 41 Sprachen aus, neuerdings sogar in chinesischer Sprache. Die katholische Kirche wird unterstützt von Weltorganisationen wie UCIP (Katholische Weltunion der Presse), UNDA (Internationale katholische Vereinigung für Rundfunk und Fernsehen), FIAC (Vereinigung der katholischen Nachrichtenagenturen) und OCIC (Internationales katholisches Filmbüro).

Das Schicksal der katholischen Massenmedien auf der Welt wird mit davon abhängen, wie die Diskussion über die NWIO weiter verläuft. Hier soll nur auf die Tatsache verwiesen werden, daß die Katholiken in der Sowjetunion über kein einziges Periodikum verfügen. Die Machthaber gestatten es nicht. Heimlich stellen daher Laien und Priester in Litauen die „Chronik der litauischen Kirche“ her. Die sowjetischen Behörden machen Jagd auf dieses „illegale“ Periodikum. Sie behaupten, es verleumde die Sowjetmacht, und verurteilen Mitarbeiter der „Chronik“ zu langjährigen Freiheitsstrafen.

Die 1983 in Leningrad in der Reihe „Sowjetische Wirklichkeit und die Mythen der bürgerlichen Propaganda“ erschienene Broschüre „Unter der Maske ‚christlicher Liebe‘“ beurteilt die religiösen Rundfunksendungen aus dem Ausland als politische Gefahr und die Gläubigen als Reaktionäre: „Man muß zugeben, daß in diesem kompromißlosen ideologischen Kampf Menschen, die eine religiöse Weltanschauung verteidigen, objektiv der bürgerlichen Propaganda helfen.“¹ Würde sich der sowjetische Vorschlag für eine NWIO – Souveränität hat Vorrang – durchsetzen, dann könnten die Sendungen von Radio Vatikan als Verstoß gegen internationale Rechtsnormen angeprangert werden. Die Katholiken in Litauen wären damit einer ihrer wenigen Auslandsinformationsquellen beraubt².

Der untrennbare Zusammenhang zwischen Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit wurde von der Kirche anerkannt. Anfang Dezember 1983 hob Radio Vatikan in einer Sendung anlässlich des 35. Jahrestags der UN-Menschenrechtserklärung das Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit hervor.

Die katholische Kirche und die Pressefreiheit

Diese Tatsachen und Hinweise könnten zu der Vermutung führen, die katholische Kirche vertrete in der Frage der NWIO nur die Position des freien Informationsflusses. Dies trifft nicht zu. Für die sehr viel differenzierteren Äußerungen der katholischen Kirche und aus der katholischen Kirche gibt es mehrere Gründe.

In der Vergangenheit war das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Medien ausschließlich bestimmt von ihrem Auftrag, die Frohbotschaft zu verkünden. Es ist kein Zufall, daß die Kongregation für Glaubensverbreitung im Jahr 1622 durch Papst Gregor XV. den Namen „Congregatio de propaganda fide“ erhielt (auch wenn wir heute unter „Propaganda“ etwas anderes verstehen). Bis heute untersteht dieser Kongregation das katholische Missionswesen. Das Recht darauf, grenzüberschreitend – auch ohne Zustimmung einer Regierung – die christliche Botschaft zu verkünden, wird vom göttlichen Auftrag abgeleitet.

In Anwendung eines modernen Begriffs kann man sagen, daß die Kirche vor allem „Gesinnungsjournalismus“ betrieben hat und betreibt. Wenn es um die Verkündung der Wahrheit – welcher Art auch immer – geht, stellt sich für einen Christen des 20. Jahrhunderts immer die Frage nach dem Verhältnis von Wahrheit zur Freiheit. Die Kirche gab über Jahrhunderte hinweg der „Wahrheit“ den Vorrang vor der „Freiheit“. Sie bekämpfte jene Medien, die sie als gefährlich oder irreführend ansah. Für die Verbotspraxis war bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil der „Index librorum prohibitorum“ ein Symbol. Er erschien seit 1559 bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts in mehr als vierzig Neuauflagen.

Unter Papst Gregor XVI. (1831–1846) begann die eigentliche Auseinandersetzung mit der modernen Presse³. In seinem Rundschreiben „Mirari vos“ (1832) verurteilte der Papst vor allem Ansichten Lamennais', der die Trennung von Staat und Kirche, die Pressefreiheit und die Freiheit des Unterrichts verlangt hatte. Das Rundschreiben verurteilte „auch jene schändliche, nicht genug zu verabscheuende Freiheit der Presse, die einige zu fordern wagen“. Die Presse wurde über Jahrzehnte hinweg als übermächtige Gefahr für die Wahrheit empfunden, während gleichzeitig die neuen Verkehrs- und Kommunikationsmittel den päpstlichen Zentralismus verstärkten. Auch Pius XI. (1922–1939) ordnete die Freiheit der Norm der Wahrheit unter und verlangte von der Presse Gehorsam. Erst unter Pius XII. (1939–1958) und vor allem unter Johannes XXIII. (1958–1963) änderte sich diese Einstellung. Pius XII. erkannte die öffentliche Meinung als Äußerung des politischen Willens der Bürger an. Zum erstenmal wurde von einem Papst die Freiheit der Meinungsäußerung als Naturrecht bezeichnet: „Die Stimme der Bürger ersticken, sie auf ein erzwungenes Stillschweigen zurückdrängen, bedeutet in den Augen aller Christen ein Attentat auf das natürliche Recht des Menschen, eine Verletzung der Weltordnung, wie sie Gott eingerichtet hat.“

Die Bedeutung der Massenmedien, die nicht der Verkündigung dienen, für die Zukunft der Welt erkannte und anerkannte die katholische Kirche erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die im Text bereits zitierten Worte Papst Pius' XII., die die Freiheit der Meinungsäußerung als Naturrecht anerkennen, korrigierten die bisherige Haltung der katholischen Kirche. Sicherlich hat die Diskussion um den freien Informationsfluß, die von den UN ausging, und die Erinnerung an die Mißachtung der Menschenrechte in totalitären Regimen dazu beigetragen. Unter Papst Johannes XXIII. stellte sich die päpstliche Soziallehre auf den Boden der Menschenrechtserklärung der UN. Der Journalist Giso Deussen schreibt über diesen „optimistischen“ Papst:

„Mit seiner These von der Realisierbarkeit gegenseitigen Vertrauens (vgl. *Pacem in terris*) glaubt der optimistische Johannes an die Verwirklichung der Wahrhaftigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Die beste Chance zur Verwirklichung dieser dynamisch verstandenen Wahrheit sieht er in einer demokratischen Öffentlichkeit, die auf der Freiheit der Meinung basiert. Hier hört die Wahrheit auf, bloß doktrinaire, hierarchische, autoritäre Weisung zu sein. Sie vollzieht sich vielmehr in der Freiheit der Menschen selbst als gesellschaftlicher Prozeß. Die Freiheitsgeschichte der Menschheit steht niemals gegen die Wahrheit, sondern das Schicksal der Wahrheit hängt stets von der Bejahung oder Verneinung der Freiheit ab. Wahrheit ist so ein zwischenmenschliches Geschehen, das in direkter Verbindung zur Freiheit des einzelnen in einem freien Gemeinwesen steht.“⁴

Als die Entwürfe für das spätere Konzilsdekret über die sozialen Kommunikationsmittel „*Inter Mirifica*“ 1962 und 1963 den Konzilvätern vorgelegt wurden, begann unter ihnen eine scharfe Auseinandersetzung, die nach der Annahme der Schlußfassung in der katholischen Öffentlichkeit fortgesetzt wurde. Das Recht auf Information und dessen Grenzen werden in dem Dekret so ausgedrückt:

„Es gibt also in der menschlichen Gesellschaft ein Recht auf Information über alle Tatsachen, die den Menschen, als einzelnen oder als Mitgliedern der Gesellschaft, je nach ihrer besonderen Situation zu wissen zukommt. Der richtige Gebrauch des Rechtes fordert aber, daß die Mitteilung inhaltlich stets der Wahrheit entspricht und bei Beachtung der durch Recht und menschliche Rücksichtnahme gezogenen Grenzen vollständig ist. Auch in der Form muß sie ethisch einwandfrei sein, d. h., beim Sammeln und Verbreiten von Nachrichten müssen die ethischen Grundsätze sowie die Rechte und Würde des Menschen beachtet werden; denn nicht alles Wissen bringt Nutzen, ‚die Liebe aber baut auf‘.“⁵

Auf Wunsch des Konzils errichtete Papst Paul VI. 1964 die „Päpstliche Kommission für die Instrumente der sozialen Kommunikation“. Sie erarbeitete die Pastoralinstruktion über die Instrumente der sozialen Kommunikation „*Communio et Progressio*“, die 1971 veröffentlicht wurde. Sie war das Ergebnis eines mehrjährigen Dialogs, an dem Fachleute, Bischofskonferenzen, Organisationen usw. teilgenommen hatten. Die Pastoralinstruktion hebt unter anderem hervor, daß Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit gewährt werden müssen, daß die Kirche der öffentlichen Meinung bedarf, und daß auch innerhalb der Kirche ein freier Austausch von Meinungen notwendig ist.

Jede Veröffentlichung im katholischen Bereich, die sich seither mit Kommunikationsproblemen befaßt, bezieht sich auf „*Communio et Progressio*“. Auch jene Veröffentlichungen im katholischen Bereich, die sich mit der Problematik der

NWIO befassen, berufen sich auf die Pastoralinstruktion. Man sollte allerdings nicht vergessen, daß „*Communio et Progressio*“ veröffentlicht wurde, bevor die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ geprägt wurde.

„*Communio et Progressio*“ und Neue Weltinformationsordnung

Die Entkolonialisierung und die damit verbundene Forderung von Entwicklungsländern nach einer NWIO haben in der katholischen Kirche die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß auch sie sich an der Diskussion um die NWIO beteiligen muß. Der eben skizzierte Prozeß war eine Voraussetzung hierfür. Dies zeigte sich in zahlreichen Maßnahmen, in Enzykliken, im Zweiten Vatikanischen Konzil usw. Der Heilige Stuhl entsandte Beobachter zu den UN und der UNESCO. Seit 1947 arbeitet in Paris das „Internationale katholische Zentrum für die UNESCO“ (CCIC). Papst Paul VI. sprach 1965 – auf Einladung des Generalsekretärs der UN, U Thant – vor der Generalversammlung der UN⁶. Die Enzyklika Papst Pauls VI. „*Populorum progressio*“ (1967) befaßte sich eingehend mit der Entwicklungshilfe.

Die Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ (1971) konnte noch keinen Abschnitt über eine „Neue Weltinformationsordnung“ enthalten. Aber sie enthielt eine Reihe von Orientierungshilfen und Richtlinien, die direkt Bezug zur NWIO haben. Versuchen wir, dies durch einige Sätze aus der Instruktion zu belegen⁷:

1. Gemeinschaft und Fortschritt der menschlichen Gesellschaft sind die obersten Ziele der sozialen Kommunikation und ihrer Instrumente (1).
2. Jede Kommunikation muß unter dem obersten Gesetz der Aufrichtigkeit, Zuverlässigkeit und Wahrheit stehen (17).
3. Alle Arten von Propagandakampagnen sind nur dann erlaubt, wenn deren Ziel und Mittel der Würde des Menschen nicht widersprechen (29).
4. Meinungsfreiheit sowie das Recht, zu informieren und informiert zu werden, bedingen einander notwendig (33).
5. Ohne eine Vielzahl voneinander unabhängiger Informationsquellen wäre der Gebrauch des Informationsrechts völlig gegenstandslos (34).
6. Das Zweite Vatikanische Konzil hat erklärt, daß die menschliche Freiheit soweit als möglich respektiert werden muß und Eingriffe nur dann und insoweit zulässig sind, als das Gemeinwohl sie fordert. Eine Zensur kann es darum nur im äußersten Notfall geben (86).
7. Durch internationale Vereinbarungen muß garantiert werden, daß überall, ohne Rassendiskriminierung und angemaßte Monopolstellungen, ein ausreichendes Kommunikationswesen aufgebaut und entwickelt wird (91).
8. Unter den zahlreichen Formen internationaler Zusammenarbeit, die durch das Wesen der Kommunikationsmittel geradezu aufgedrängt wird, ist die Hilfe für Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung (92).
9. Bei dieser Hilfe für Entwicklungsländer wird man darauf achten müssen, daß die hohen menschlichen Werte der überlieferten Kunst und Kultur, der einheimischen Sprache und Sitte bewahrt werden (94).

10. In den Ländern, in denen die Kirche am Gebrauch der Instrumente der sozialen Kommunikation gehindert ist, bleiben religiöse Sendungen im Rundfunk für die Christen der einzige Weg, um etwas über das Leben der Weltkirche zu erfahren und das Wort Gottes zu vernehmen. Christliche Solidarität legt angesichts dieser Situation Bischöfen und Gläubigen anderer Länder die schwere Verpflichtung auf, durch Hörfunk- und Fernsehsendungen, deren religiöser Gehalt auf die besonderen Bedürfnisse der Bestimmungsländer eingeht, ihren Brüdern in Christus zu helfen (157).

Diese Orientierungshilfen und Richtlinien liefern einen Rahmen, der in der katholischen Kirche beachtet wird, wenn es um Theorie und Praxis der NWIO geht. Und sie haben „nach außen“ gezeigt, in welcher Richtung die katholische Kirche eine Entwicklung wünscht. Man kann sie als Aufforderung zum Mitdenken bezeichnen, die zuerst an die katholische Kirche gerichtet ist, darüber hinaus jedoch an die Weltöffentlichkeit. Die Päpste haben in ihren Äußerungen, die die Kommunikation betrafen, seit 1971 die Richtlinien und Orientierungshilfen der Pastoralinstruktion wiederholt.

Diskussion in der Kirche über die Neue Weltinformationsordnung

Diese Sätze könnten zu dem Fehlschluß verleiten, es gäbe ein ausgearbeitetes Modell der katholischen Kirche für eine NWIO. Dies gibt es nicht. Das Kirchenverständnis hat sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil gewandelt. Würde ein solches „Modell“ aus Rom kommen, dann käme auch aus der katholischen Kirche die Frage: „Welche Sachkompetenz hat ‚Rom‘ hierfür – angesichts des Problemknäuels politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher, technischer, kultureller usw. Probleme?“

Außerdem ist die Problematik der NWIO erst nach und nach bewußt geworden. Dies kann man zum Beispiel an den Themen einiger Weltkongresse der UCIP zeigen: 1954 „Die katholische Presse in der Welt, ihr Auftrag, ihre Zukunft“; 1960 „Die katholische Presse, ein Bindestrich zwischen den Völkern“; 1965 „Die Wahrheit in der Suche nach der Freiheit“ (auf diesem Kongreß wurde beantragt, die katholische Presse der Entwicklungsländer zu unterstützen). Der zehnte Weltkongreß fand 1974 zum erstenmal außerhalb Europas und Nordamerikas in Buenos Aires statt. Auf dem elften Weltkongreß 1977 wurden Regionen für die Delegierten aus der Dritten Welt konstituiert und die Thematik der internationalen Neuordnung der Information aufgegriffen.

In der Kirche wird darüber diskutiert, wie eine vernünftige und gerechte Regelung des weltweiten Informationsflusses, der Kommunikation zwischen Menschen, Völkern und Staaten aussehen könnte. Die Katholiken leben auf der Welt in sehr unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen. So sind auch ihre Wünsche, Vorstellungen, Forderungen für eine Änderung des Informationsflusses, für die Kommunikation sehr unterschiedlich.

Einige Beispiele sollen zeigen, daß in Ländern, in denen sich Katholiken zur

NWIO äußern können, sehr unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Im Oktober 1982 führten die katholischen Medienorganisationen Lateinamerikas zusammen mit der lateinamerikanischen und der brasilianischen Bischofskonferenz in São Paulo eine Studientagung durch, die ganz dem Thema der Neuen Kommunikationsordnung gewidmet war⁸. Das Schlußdokument stellte fest, daß herrschende Eliten die Information und Kommunikation zur Unterdrückung einsetzen. Gefordert wurde eine Süd-Süd-Zusammenarbeit, eine Demokratisierung der Kommunikations- und Informationsquellen, eine gleichberechtigte Teilnahme der Entwicklungsländer an der internationalen Kommunikation, die Verteidigung der kulturellen Identität. Angeklagt wurde vor allem der „transnationale Kapitalismus“.

Thesen der Kirchen „Zur Entwicklung der Massenmedien“ gaben 1983 der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds, die Konferenz der Römisch-Katholischen Bischöfe der Schweiz und der Bischof und Synodalrat der Christkatholischen Kirche der Schweiz heraus⁹. In der These 9 „Neue Weltordnung der Information und Kommunikation“ wird auf die Abhängigkeit der Dritten Welt von Medienstrukturen und Informationen der Industrieländer hingewiesen und die eigenständige Entwicklung von Medienwesen im jeweiligen Kulturkreis gefordert. Gleichzeitig wird jedoch „ungehinderte Informationsbeschaffung und freie Meinungsäußerung“ verlangt und im Kommentar auf die Tatsache hingewiesen, „daß totalitäre und diktatorische Regime die Meinungs- und Informationsfreiheit systematisch behindern“.

Ende Oktober 1983 fand in Dublin der 13. Weltkongreß der katholischen Presse statt. B. Mackiza, Chefredakteur von „La Semaine Africaine“ (Brazzaville/Kongo), wies in seinem Vortrag darauf hin, daß in Ländern Afrikas die Pressefreiheit behindert ist:

„Die führenden Kreise in Afrika sind sich der Bedeutung der Medien bewußt geworden. Gleichzeitig fürchten sie die Kritik. Daher werden Zwangsmaßnahmen getroffen. Der Journalist sieht sich in seiner täglichen Arbeit mit der Zensur und anderen Zwangsmitteln konfrontiert... Dies überrascht wenig, wenn man bedenkt, daß in den meisten Ländern der Staat ausschließlicher Eigentümer der Medien ist. Die Presse ist demnach dem staatlichen Einfluß unterworfen, dies um so mehr, als der Journalist gleichzeitig ein Beamter ist.“¹⁰

Einig sind sich die verschiedenen Richtungen in der katholischen Kirche in der Forderung, daß die Verbreitung der Frohbotschaft nicht behindert werden darf. Der Weltkongreß der katholischen Presse in Dublin hatte daher das Generalthema „Das Wort gehört allen“. Auf dem Kongreß wurde auch die Tatsache herausgestellt, daß Meinungs- und Glaubensfreiheit einander bedingen.

Daß die Kirche ihren Einfluß für die Menschenrechte geltend gemacht hat, zeigte sich unter anderem in der Teilnahme des Heiligen Stuhls an der KSZE. Am 1. August 1975 erklärte der Sonderdelegierte des Papstes, Agostino Casaroli, vor Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte, aus einer Botschaft Papst Pauls VI. zitierend:

„Es gibt Hunderte und Millionen von Männern und Frauen, alte und junge, die immer freudigere,

freihere und menschlichere Beziehungen wünschen, das heißt, in den Genuß des Friedens in Gerechtigkeit kommen wollen. Sie möchten sicherlich beruhigt sein durch die Garantie der Sicherheit jedes einzelnen Staates. Aber sie werden ermutigt durch die erneute Bekräftigung der legitimen Menschenrechte und der menschlichen Grundfreiheiten. Der Heilige Stuhl freut sich darüber, daß unter diesen Rechten insbesondere die Religionsfreiheit unterstrichen wurde.“¹¹

Der Papst und die Neue Weltinformationsordnung

Papst Johannes Paul II. hat mehrfach auf die Bedeutung der Information für den Weltfrieden hingewiesen¹². Zum 17. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel (1983) hat der Papst die Botschaft „Die Medien müssen der Sache des Friedens dienen“ veröffentlicht. Diese Botschaft widmet der Problematik der NWIO einen Abschnitt. Auf die Frage: „In welcher Weise kann die soziale Kommunikation dem Frieden dienen?“ gibt sie folgende Antwort:

„Vor allem durch die Verwirklichung einer Kommunikationsordnung auf institutioneller Ebene, die einen korrekten, gerechten und konstruktiven Gebrauch der Information sicherstellt, indem sie Übergriffe, Mißbräuche und Diskriminierungen ausschaltet, die auf politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Macht gründen. Es geht hier nicht in erster Linie darum, sich Gedanken über neuartige technische Verfahren zu machen, sondern vielmehr um eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien und Zielsetzungen der sozialen Kommunikation in einer Welt, die gleichsam zu einer großen Familie geworden ist und wo ein berechtigter Pluralismus gewährleistet sein muß auf der gemeinsamen Grundlage einer Verständigung über die wesentlichen Werte des menschlichen Zusammenlebens.

Für die einzelnen Kommunikationen wie auch für die Rezipienten ist daher eine umsichtige Bewußtseinsbildung erforderlich. Vonseiten der öffentlichen Stellen, der Gesellschaft und der internationalen Institutionen werden angemessene, richtige und mutige Entscheidungen verlangt. Nur eine rechte Ordnung der sozialen Kommunikationsmittel und eine ausgewogene Beteiligung an ihrem allgemeinen Nutzen bei voller Achtung der Rechte aller erzeugen ein günstiges Klima für den Dialog, in dem sich Bürger, Nationen und die verschiedenen Kulturen gegenseitig bereichern, wogegen Ungerechtigkeiten und Unordnung in diesem Bereich Konfliktsituationen heraufbeschwören.

So stellen einseitige Informationen, die von oben oder von den Markt- und Werbegesetzen willkürlich aufgenötigt werden, Konzentrationen, die zum Monopol führen, und jede Art von Manipulation nicht bloß einen Anschlag auf die rechte Ordnung der sozialen Kommunikation dar, sondern verletzen auch die Rechte verantwortungsbewußter Information und gefährden den Frieden.“¹³

Das Zitat zeigt, daß der Papst sich mit keiner der drei Grundpositionen, die gegenüber einer NWIO auf den internationalen Konferenzen vertreten wurden, identifiziert. Die Ratschläge sind so formuliert, daß sie – bei entsprechender Interpretation – von Vertretern einer jeden der drei Grundpositionen unterschrieben werden könnten. Ein konkretes Modell wurde nicht entworfen. Diese Bemerkungen sollen die Bedeutung der päpstlichen Botschaft nicht herabsetzen. Sie sollen jedoch auf die Grenzen des Heiligen Stuhls hinweisen. Der spätere Kardinal A. Casaroli hat dies in seiner Ansprache „Das Wirken des Heiligen Stuhls für den Frieden in der Welt“ (26. Mai 1971) an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps folgendermaßen ausgedrückt:

„Die Tätigkeit des Heiligen Stuhls im Dienst des Friedens ist ferner charakteristisch durch seine Verpflichtung, außerhalb und über den Zwistigkeiten der Staaten zu stehen. Das bedeutet nicht, auf diese Weise eine bequeme Position zu wählen, eine Art ‚Nichteinmischung‘, und noch weniger, unempfindlich zu bleiben für die gerechten Gründe, die zugunsten einer der Parteien im Verhältnis zur anderen sprechen könnten.

Aber unbeschadet der sittlichen Beurteilung, die gegebenenfalls mit aller Klugheit zu formulieren und zur rechten Zeit am rechten Ort und in angemessener Weise kundzutun ist, betrachtet der Heilige Stuhl es normalerweise als seine Pflicht, sich nicht der Möglichkeit zu berauben – vor allem nicht durch öffentliche Stellungnahmen –, von allen im Konflikt befindlichen Parteien gehört zu werden. Abgesehen von der Tatsache, daß der Heilige Vater – eben weil er ‚Vater‘ ist – in einem Konflikt unter Brüdern nicht Partei ergreifen darf, indem er sich offen für den einen oder den anderen erklärt, darf er doch andererseits nicht versäumen, zu untersuchen, wo sich das Recht und das Unrecht finden, und sich darum zu bemühen, daß der Konflikt zu einem Ende komme, zu einem Ende, das dem Recht und der Gerechtigkeit entspricht.“¹⁴

Katholische Kirche und UNESCO

Internationale katholische Organisationen wie UCIP, UNDA, UCIC, das Internationale Katholische Zentrum für die UNESCO (CCIC) und Catholic Media Council haben sich in Wort und Tat für eine Verbesserung einer weltweiten Kommunikation eingesetzt. Alle kirchlichen Hilfswerke – Missio, Adveniat, Misereor – haben Kommunikationsprojekte in der Dritten Welt gefördert. In der Öffentlichkeit ist das praktisch unbekannt. Auf den UNESCO-Konferenzen hat die Problematik religiöser Publikationen keine Beachtung gefunden. Der MacBride-Bericht (1980) hat bezeichnenderweise die religiösen Medien und die kirchlichen Maßnahmen für Entwicklungsländer überhaupt nicht berücksichtigt. 1983 hat MacBride jedoch beim Treffen der Publizistischen Kommissionen der europäischen Bischofskonferenzen in Bad Schönbrunn (Schweiz) einige „Anregungen zu Schritten, die die Kirche unternehmen könnte“, formuliert. Über die Kommunikationspolitik sagte MacBride:

„Die meisten Regierungen beginnen sich mit der Erarbeitung einer Kommunikations- und Informationspolitik zu befassen. Dies ist deshalb der psychologisch richtige Augenblick, den Regierungsinstanzen, die sich damit befassen, Vorschläge zu unterbreiten. Der erste Vorschlag sollte natürlich sein, daß die kirchliche Obrigkeit konsultiert wird im gesamten Verlauf der Erstellung einer neuen Kommunikationspolitik. Wo immer möglich, sollte die Kirche in den verantwortlichen Gremien von Radio, Fernsehen und Telematik vertreten sein. Die Regierungen sollten dazu gebracht werden, kulturelle Richtlinien zu geben, die die Wichtigkeit geistiger und religiöser Werte hervorheben. Offene Diskussionen über den Grund des Zusammenbruchs moralischer Werte sollten stattfinden mit den Verantwortlichen. Die Unterstützung der Regierung sollte zugesichert werden in der Annahme neuer Richtlinien, die die moralischen Werte wieder aufbauen können und die auf Glauben und Tradition Rücksicht nehmen.“¹⁵

MacBride schlug ferner die Ausstrahlung von Gottesdiensten vor, die Zusammenarbeit mit Journalisten, die Schaffung lokaler Radiostationen „in den Händen der jungen Generation“, die Verwendung von Videokassetten und Tonbandauf-

nahmen durch die kirchliche Obrigkeit, die Identifizierung der Kirche „mit den Friedens- und Umweltschutzkampagnen der Jugend“, ferner vielsprachige, weltweite Rundfunksendungen (unter besonderer Erwähnung von Radio Vatikan), „die dann das Evangelium verkünden und die Kirche enger in Zusammenhang bringen mit den Bemühungen für den Weltfrieden und den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt“.

Auf der 22. Generalkonferenz der UNESCO (1983 in Paris) berief sich ein Redner auf Worte Papst Pauls VI. und Papst Johannes Pauls II.¹⁶ Bevor die Bedeutung der NWIO in der katholischen Kirche nicht voll erkannt ist, bevor ihre Maßnahmen nicht effektiver und ihre Stellungnahmen nicht klarer sind, wird sie den Diskussionsprozeß vor den internationalen Foren jedoch kaum beeinflussen können.

Ungelöste Probleme und Chancen

Viele Probleme sind in dieser Hinsicht in der Kirche noch nicht gelöst. Die Medienpolitik der Kurie zum Beispiel wird vielfach von der alten Geheimhaltungspolitik bestimmt. Die vatikanische Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ hat kein eigenes Korrespondentennetz. Radio Vatikan besitzt zwar eine imponierende technische Anlage, aber – so urteilt der deutsche Journalist Ferdinand Oertel – dies alles bleibe „ohne großen Widerhall“¹⁷.

In einem Bericht über den 13. Weltkongreß der katholischen Presse wird auf ein anderes Problem hingewiesen:

„Wahrheit“, so klagten einige, würde von bischöflichen Herausgebern und Chefredakteuren allzuoft im Sinne des kirchlichen Dogmas verstanden. Daß ‚Wahrheit‘ aber für den Journalisten eine korrekte Wiedergabe auch innerkirchlicher Wirklichkeit – bei selbstverständlicher Respektierung von Lehraussagen – bedeuten müsse, werde nicht eingesehen. Eng mit dieser Frage hängt eine andere Schwierigkeit zusammen, die auf dem Kongreß mehrfach zur Sprache kam, jedoch nie geklärt wurde: Die Presse wird – in besonderem Maße in der Dritten Welt – von der Hierarchie oft als ein reines Instrument zur Evangelisierung verstanden. Die wichtige Aufgabe, die die ‚Druck-Medien‘ auf säkularem Gebiet spielen, wurde verkannt.“¹⁸

Der niederländische Kommunikationswissenschaftler C. J. Hamelink weist darauf hin, daß das Menschenrecht der freien Information „einer Mehrzahl von Ländern und Menschen vorenthalten wird“ und die Kirchen unmittelbar davon betroffen sind¹⁹. Er schreibt, daß die Reflexion in der Kirche über Kirche und Kommunikation „eine abstrakte Selbstbespiegelung“ sei. Das kirchliche „Gebrauch-Wirkung-Modell“ gehe an der Realität vorbei. Hamelink fordert ein Nachdenken über die fünf wesentlichen Komponenten im heutigen internationalen Kommunikationssystem: Struktur, Informationsfluß, Inhalte, Technologie und Einfluß. Die Kirche müsse mehr soziale Gruppen in ihre Medien hineinnehmen, für Entwicklungsländer eintreten. Er fordert von der Kirche einen Beitrag

„zur internationalen Kommunikationsdebatte, die auch die achtziger Jahre stark beherrschen wird... Ein Beitrag, der wichtig ist, weil die Kirchen einerseits eine Infrastruktur besitzen, die sehr viele Medienkonsumenten erreichen kann, und weil sie andererseits ‚eine Verkündigung‘ zu ihrer Verfügung haben, welche die Wirklichkeit der Medien mühelos entmythologisieren kann.“

Katholische Medien interessieren sich im deutschen Sprachraum kaum für die Problematik der NWIO. Nach Kenntnis des Verfassers bildet nur die Zeitschrift „Communicatio Socialis“ eine rühmliche Ausnahme. Vergeblich sucht man zum Beispiel nach einer Veröffentlichung darüber, was von katholischen Organisationen insgesamt für die Entwicklung von Medien in den Entwicklungsländern, für die weltweite Kommunikation geleistet worden ist. Wahrscheinlich war es mehr als das, was mancher Staat geleistet hat, der seine Zahlen stolz vorweist. Und die Tatsache, daß es Staaten gibt, die den kirchlichen Gruppen keine oder nur kontrollierte Medien gestatten, wird oft als mehr oder weniger unabänderlich hingenommen. Der Vorsitzende der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands, Hubert Schöne, sagte am 26. November 1983 in Ludwigshafen:

„Die eher ‚unpolitische‘ Rolle der katholischen Kirche und ihre weltumspannende Präsenz, die eine Identifizierung mit vordergründigen, nationalen Interessen ausschließt, gibt gerade den Kirchen in der Diskussion um eine Informationsordnung einen Vertrauensvorschuß. Der selbstlose Einsatz der Missionare und Entwicklungshelfer hat vorexerziert, wie Partnerschaft aussehen kann. Diese Ebene der kirchlichen Hilfswerke und der Mission bietet Ansatzpunkte für eine partnerschaftliche Hilfe auf dem Informationssektor, und deshalb ist die Bedeutung des kirchlichen Beitrags so groß... Das kirchliche Engagement verleiht im übrigen womöglich die beste Resistenz gegenüber Neigungen, den Informationsfluß dadurch in die Balance zu bringen, daß der von draußen kommende Informationsfluß einfach behindert wird. Für solche, von sowjetischer Propaganda beflügelte Vorstellungen gibt es eine verständliche Anfälligkeit, selbst in kirchlichen Kreisen. Das beste Argument dagegen ist hier die empirisch belegbare Erfahrung, daß Maßnahmen gegen die Pressefreiheit immer der Anfang von Maßnahmen gegen die Religionsfreiheit sind.“

Ein wirkungsvolles Engagement der katholischen Kirche für eine weltweite, freie Kommunikation ist nur möglich, wenn die Bedeutung dieser Kommunikation für die Bevölkerung der Erde und für die katholische Kirche in weiten Kreisen der Kirche erkannt ist. Das Engagement kann nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig über die Problematik „Kirche und Kommunikation“ (theologische Handlungsbezüge, innerkirchliche Diskussion, Ethik des Journalismus usw.) nachgedacht wird. Theologen, Journalisten, Publizisten und Kommunikationswissenschaftler müssen ihren Beitrag leisten²⁰.

Journalisten sollten ausgebildet werden, die fachkundig über die Entwicklungsländer berichten können. Die katholischen Medien müßten häufiger – nicht nur in der Missionsperspektive – über die Probleme der Dritten Welt berichten. Die katholischen Nachrichtenagenturen könnten ihren Beitrag für die geforderte „Balance“ des Informationsflusses leisten. Journalisten, Redakteure und Techniker aus Entwicklungsländern müssen ausgebildet werden. Weitere Hilfen wären: Vermittlung von Verlags- und Managementwissen, Patenschaften für Medien,

Bereitstellung technischer Ausrüstung und natürlich finanzielle Hilfe. Vor allem müßten die Maßnahmen koordiniert werden. Die Hilfe für Entwicklungsländer wird eine entscheidende Rolle für den weiteren Verlauf der Diskussion und für die weitere Entwicklung der Kommunikation zwischen Menschen, Völkern, Staaten spielen. Die katholische Kirche wird hierzu ihren Beitrag leisten müssen. Auf dem 13. Weltkongreß der UCIP wurde die Aufgabe der Kirche im Bereich der Kommunikation mit dem Satz beschrieben: „Servir la vérité, garder la liberté“ – „Der Wahrheit dienen, die Freiheit wahren.“

ANMERKUNGEN

¹ V. Burkov, Pod maskoj „christianskoj ljubvi“ (Leningrad 1983) 54.

² Glaube in der 2. Welt, Nr. 12 (1983) 13.

³ G. Deussen, Wahrheit und öffentliche Meinung. Katholische Soziallehre in Text und Kommentar (Köln 1979).

⁴ Ebd. 13.

⁵ K. Rahner, H. Vorgrimler, Kleines Konzilskompendium (Freiburg 1966) 97.

⁶ Zur Problematik der völkerrechtlichen Stellung: H. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls. Dargestellt an seinen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen (Berlin 1975).

⁷ Pastoralinstruktion „Communio et Progressio“ über die Instrumente der sozialen Kommunikation (Trier 1971). Die Zahlen in Klammern bezeichnen den Abschnitt der Instruktion.

⁸ F. Eilers, Kirche und Neue Informationsordnung. Eine Konferenz in São Paulo, in: *Communicatio Socialis* 2 (1983) 141 ff.

⁹ Zur Entwicklung der Massenmedien. Thesen der Kirchen (Freiburg 1983) 25 f.

¹⁰ Zit. aus dem vervielfältigten Redetext (26. 10. 1983).

¹¹ KSZE. Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv (Bonn 1976) 319.

¹² Z. B.: Botschaft Papst Johannes Pauls II. zum Weltfriedenstag am 1. 1. 1982, in: *Dt. Tagespost*, 29. 12. 1982.

¹³ *L'Osservatore Romano* dt., 22. 4. 1983.

¹⁴ A. Casaroli, Der Heilige Stuhl und die Völkergemeinschaft, hrsg. v. H. Schambeck (Berlin 1981) 3 ff.

¹⁵ Aus dem vervielfältigten Redetext (19. 4. 1983).

¹⁶ Dokument 22 C/COM IV/2 (Paris 21. 11. 1983) Part I, 15.

¹⁷ F. Oertel, Die päpstlichen Medien, in: *Das Papsttum*, hrsg. v. B. Moser (München 1983) 366 ff.

¹⁸ Ch. Zauzich, Noch gehört das Wort nicht allen, in: *Rheinischer Merkur*, 4. 11. 1983.

¹⁹ Zit. von J. Hosse, Kirchen und Kommunikation im ausgehenden 20. Jh., in: *Com. Soc.* (1980) 167 ff.

²⁰ S. z. B. R. A. White, Christians Building a New Order of Communication. Reflections on the Contribution of the Church to the Development of the New World Information and Communication Order (Centre for the Study of Communication and Culture, London, Aug. 1983).